

Die Regierung Sánchez polarisiert im eigenen Land – nicht nur mit ihrer links-ideologischen Agenda des gesellschaftlichen Umbaus, sondern auch mit zahlreichen Korruptionsfällen, die manche Spanier von einem mafiosen System sprechen lassen. *Foto: Imago/Richard Zubelzu*

Die Kulturrevolution des Pedro Sánchez

Familie, Schule, Geschlecht, Sexualität, Leben, Eigentum und Geschichtsbewusstsein werden in Spanien neu buchstabiert VON JOSÉ GARCÍA

Spaniens Regierung unter Pedro Sánchez präsentiert sich als fortschrittlich. In der Praxis hat sie jedoch eine stille kulturelle Revolution vorangetrieben – nicht auf der Straße, sondern über das Gesetzblatt. Familie, Schule, Geschlecht, Sexualität, Leben, Eigentum und Geschichtsbewusstsein geraten Schritt für Schritt unter den Einfluss eines linken politischen Projekts.

Der erste Bereich ist die Schule: Mit dem 2020 verabschiedeten LOMLOE-Gesetz wurde das Bildungssystem stärker auf „Gleichheit", „affektiv-sexuelle Bildung", Koedukation und die Beseitigung von Geschlechterstereotypen ausgerichtet. Entscheidend ist insbesondere die Frage, wer festlegt, welche Werte im Unterricht vermittelt werden. Der Staat gewinnt dadurch an Gewicht als moralische Instanz; die Rolle der Eltern wird geschwächt. Die Schule wird zum Instrument gesellschaftlicher Umformung.

An zweiter Stelle steht die Familie: Das Gesetz 4/2023 über Transpersonen und LGTBI-Rechte beschränkt sich nicht auf den Kampf gegen Diskriminierungen. Es erhebt eine bestimmte Sicht auf Geschlecht, Gender und Familie zur Rechtsnorm. Geschlecht wird zunehmend als subjektive Selbstdefinition verstanden, während sogenannte „vielfältige Familienformen" gefördert werden.

Hinzu kommt die Abtreibungspolitik: Das Organgesetz 1/2023 erlaubt es 16- und 17-jährigen Mädchen, ohne Zustimmung ihrer Eltern abzutreiben. Damit verändert sich das Verhältnis zwischen Familie, Minderjährigen und dem Staat. Auch am Lebensende haben sich die Grenzen verschoben. Mit dem Euthanasiegesetz von 2021 anerkennt Spanien unter bestimmten Bedingungen ein Recht auf Sterbehilfe. Der Staat schützt nicht mehr nur das Leben, sondern regelt auch dessen Ende.

Auch das Strafrecht wurde zum Feld kultureller Auseinandersetzung. Das sogenannte „Nur Ja heißt Ja"-Gesetz vom September 2022 reformierte das Sexualstrafrecht rund um einen ideologisch aufgeladenen Begriff der Einwilligung. Die spätere Kontroverse zeigte die Risiken, wenn aktivistische Parolen ins Strafrecht übersetzt werden. Das Wohnungsgesetz 12/2023 verstärkt staatliche Eingriffe zwischen Eigentümern und Mietern. Privateigentum erscheint immer weniger als Freiheitsrecht, sondern zunehmend als Instrument politischer Steuerung.

Schließlich verleiht das Gesetz zur Demokratischen Erinnerung vom Oktober 2022 dem Staat eine aktive Rolle bei der Deutung der Vergangenheit. Sie ist nicht mehr nur Gegenstand von Forschung, Debatte oder familiärer Überlieferung, sondern wird politisch reguliert.

Identitätspolitik und Sprachkontrolle

Seit Sánchez 2018 an die Macht kam, tritt der Staat immer weniger neutral auf. Er erzieht, definiert, reguliert, bewertet und sanktioniert. Die Linke schafft einen paternalistischen Staat, der sich nicht darauf beschränkt, Freiheiten zu garantieren, sondern dem Bürger vorgibt, was als fortschrittlich, gerecht und moralisch akzeptabel zu gelten hat.

Vor diesem Hintergrund sprach „Die Tagespost" mit dem Philosophen Miguel Ángel Quintana Paz, dem akademischen Leiter des „Instituto Superior de Sociología, Economía y Política" in Madrid. Nach seiner Ansicht geschehen in Spanien Dinge, die in Ländern wie Ungarn oder Polen demokratische Kontroversen ausgelöst hätten. Es gebe „einen klaren Versuch der Beherrschung der Justiz". Allerdings habe die Justiz entschlossen reagiert. Andere Bereiche hätten dies nicht getan. Die Lehrkräfte etwa, so Quintana Paz, „haben alles geschluckt". Auch die Kulturwelt sei stark von Subventionen und damit vom Diskurs der Regierung abhängig.

Für Quintana Paz ist der heutige „Progressismus" nicht mehr die klassische Sozialdemokratie, die auf materielle Verbesserungen der Arbeiterklasse zielte. Er habe sich zu einer Politik der Minderheiten, der Identität und der Sprachkontrolle gewandelt. Dieser neue Progressismus, häufig als Wokismus bezeichnet, sei „ein Projekt zur Transformation unserer Zivilisation". Ausgangspunkt dieses Projekts sei eine radikale Kritik am Westen. Die abendländische oder christliche Zivilisation werde als von Machismus, Homophobie, Ethnozentrismus und anderen Formen der Unterdrückung geprägt dargestellt. Deshalb reiche es aus dieser Sicht nicht, sie zu reformieren; ihre Grundlagen müssten „zerstört" werden, um eine neue Gesellschaft aufzubauen. Quintana Paz verbindet dies mit Joseph Ratzingers Begriff der „Diktatur des Relativismus": Erst würden traditionelle Grundlagen geleugnet, dann „neue Dogmen, neue Prinzipien, neue Grundlagen" durchgesetzt.

Im Zentrum dieser Ideologie stehe der Begriff des „Opfers". Der Wokismus greife damit eine wesentliche Idee des Christentums auf, verzerre sie aber. Die christliche Zivilisation habe dem unschuldigen Opfer besondere Aufmerksamkeit geschenkt: dem Kind, dem Armen, dem Gefangenen, dem Ungeborenen und dem Schwachen. Die heutige Linke mache den Opferstatus jedoch zu einem Machtinstrument. Es gehe nicht mehr um Versöhnung, sondern darum, das Verhältnis zwischen Unterdrückern und Unterdrückten umzukehren: „Jetzt unterdrückt das Opfer den ehemaligen Unterdrücker." Daraus entstehe ein Wettbewerb der Opferrollen. Anerkannt würden nur jene Opfer, die zu Gruppen gehören, die von der herrschenden Ideologie bestätigt werden. Andere blieben unsichtbar: das ungeborene Kind oder der alte Mensch am Ende seines Lebens.

In Spanien hätten PSOE und Pedro Sánchez diese Logik durch die Erinnerung an den Bürgerkrieg und durch politische Polarisierung genutzt. Nach Ansicht von Quintana Paz hat bereits die Zapatero-Ära (2004 bis 2011) die Eintracht der Transition beschädigt. Die Linke stelle sich als Erbin der Opfer dar und gewinne so moralische Überlegenheit gegenüber der Rechten. Wenn die Rechte antworte, akzeptiere sie den Rahmen der Konfrontation; wenn sie schweige, bleibe sie schutzlos.

Raum für kulturellen Widerstand

Der deutlichste Widerstand gegen die Regierung komme derzeit aus der Justiz. Die Unternehmenswelt sei anfälliger, weil sie vom Staat und von Regulierung abhängig sei. Der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" müsse nicht mehr alles verstaatlichen. Es genüge, private Unternehmen über Steuern, Vorschriften und strategische Posten zu kontrollieren. Spanien sei, so Quintana Paz, im informellen Bereich sehr sozial – in Familie, Freundschaft und persönlicher Nähe –, aber schwach in stabilen Verbindungen zwischen Fremden. Deshalb hätten Internet, digitale Medien, Blogs, Podcasts und soziale Netzwerke einen Raum für kulturellen Widerstand geschaffen. Dort träfen Libertäre, Sozialkatholiken, Patrioten, Traditionalisten und spanische Nationalisten aufeinander. Sie dächten nicht gleich, hätten aber einen gemeinsamen Gegner.

Der Wokismus schreite ohne klare Grenze voran: Abtreibung, Euthanasie, Trans-Selbstbestimmung, Quoten und Parität. Im Gender-Bereich sieht Quintana Paz Widersprüche zwischen Feminismus und Transgenderismus, etwa wenn Männer, die sich als Frauen bezeichnen, von Regeln profitieren, die ursprünglich Frauen schützen sollten. Diese Widersprüche rührten, so seine Deutung, von einem Verzicht auf Vernunft her. Um diesen Prozess umzukehren, reiche kritisches Denken allein nicht aus. Es brauche Wahlsiege und konkrete politische Maßnahmen. Doch selbst ein Machtwechsel garantiere keinen Kurswechsel. Der christdemokratische „Partido Popular" (PP) könne sich, wenn er denn an die Macht komme, darauf beschränken, den Prozess zu bremsen oder Kompromisse zu suchen. Ein Bündnis mit patriotischen Kräften würde deutlichere Korrekturen ermöglichen. Zugleich sei die Einwanderung ein entscheidender Faktor: „Wenn sich das Wahlvolk verändert, ändern sich auch die politischen und wahlpolitischen Bedingungen."

Quintana Paz plädiert nicht für eine Rückkehr in frühere Jahrzehnte. Man müsse „die überlieferte Zivilisation zurückgewinnen, ohne dabei unseren Großeltern zu sehr zu ähneln". Mit Blick auf Katholizismus und Politik erinnert Quintana Paz an „die Autonomie des Weltlichen". Vor dem Papstbesuch in Spanien befürchte die patriotische Rechte, dass Regierung und Medien den Papst nutzen könnten, um die Agenda von Pedro Sánchez zu legitimieren. Zugleich könne aber eine päpstliche Ansprache Gelegenheit sein, grundsätzlich über Demokratie, Vaterland, Nation und Zusammenleben zu sprechen.

Der Autor ist spanischer Historiker und Journalist. Er lebt überwiegend in Berlin.